



Obwohl Meinungsmache und Kampagnenjournalismus fast täglich auf den NDS thematisiert werden, können wir dennoch ein gewisses Staunen darüber nicht unterdrücken, mit welcher Wucht und Konzentration – kaum das bekannt wurde, dass es in Griechenland am 25. Januar zu Neuwahlen kommen wird – die Kampagne gegen die griechische Oppositionspartei Syriza und für die Fortsetzung der von der Troika oktroyierten Austeritätspolitik gestartet wurde. Wie auf Knopfdruck waren faktisch in allen Leitmedien die entsprechenden Kommentare und Berichte zu finden. Der Tenor war dabei völlig identisch: Die "Reformen" tragen Früchte, die Wirtschaft wachse wieder, nun dürfe auf keinen Fall von der "Sparpolitik" abgewichen werden, ein Wahlsieg der "linksradikalen" Syriza würde die Erfolge der "Reformpolitik" gefährden und Griechenland, ja ganz Europa in eine noch schlimmere Finanzkrise stürzen, usw., usw. Man kann gar nicht anders als dahinter eine politisch gesteuerte Kampagne zu vermuten. Von J.K.

Eine Bestandsaufnahme und eine objektive Bilanz der bisherigen "Sparpolitik" sucht man dabei in den Leitmedien vergebens. (Niels Kadritzke hat dagegen auf den NachDenkSeiten in aller Ausführlichkeit und fortlaufend berichtet, etwa <u>hier</u> oder <u>hier</u>, er hat auch analysiert welche Reformen in Griechenland am dringlichsten wären, siehe etwa "<u>Der Klientilismus ist ungebrochen</u>")

Ein paar Fakten dazu: Trotz der Finanzhilfen ist die Staatsverschuldung in Relation zum BIP von bereits hohen 107,3 Prozent im Jahr 2006 bis 2013 auf 179,5 Prozent gestiegen. Die Wirtschaftsleistung ist zwischen 2010 und 2013 um mehr als 25 Prozent eingebrochen, die logische Konsequenz, wenn das Bruttoinlandsprodukt schneller sinkt als die Neuverschuldung reduziert wird, muss die Staatsschuldenquote steigen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 58 Prozent, mehr als 800.000 Griechen haben auf Grund von Arbeitslosigkeit keine Krankenversicherung mehr, die Selbstmordrate ist drastisch gestiegen, die Säuglingssterblichkeit um 43 Prozent.

Wo ist hier ein Erfolg der Troika-Austeritäts-Politik zu erkennen? Ist damit die Tatsache gemeint, dass man es geschafft hat große Teile der Bevölkerung in Not und Elend zu stürzen? Auch wird geflissentlich verschwiegen, dass gerade das deutsche Lohn- und Sozialdumping der letzten zehn Jahre – vor genau zehn Jahren verkündete SPD-Kanzler Schröder die Agenda 2010 – eine wesentliche Ursache für die Eurokrise ist.

Bei der Kampagne gegen die Syriza und ihren Parteivorsitzenden Alexis Tsipras manifestiert sich neben einem reichlich sonderbaren Demokratieverständnis der deutschen "Qualitätspresse" wiederum, dass die EU, die EU der neoliberalen Eliten ist. Wehrt sich eine politische Partei wie die Syriza dagegen, dass ein Großteil der Kredite und der Zahlungen in die Taschen der Finanzindustrie umgeleitet werden, sieht sie sich mit einer unglaublichen



Diffamierungskampagne konfrontiert. Dass das Demokratieverständnis Merkels und Schäubles sowieso ein anderes ist, Stichwort "marktkonforme Demokratie", ist natürlich nicht neu. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Ralph Brinkhaus (CDU) legte dazu eine fast schon erfrischende Offenheit an den Tag, indem er freie Wahlen in Griechenland zum Ärgernis erklärt. In der Tat sind freie Wahlen für Neoliberale ein Risiko, könnte sich der Wähler doch auch für nicht-marktkonforme Parteien entscheiden. Schon der Erfinder der kruden neoliberalen Ideologie Friedrich August von Hayek war ein dezidierter Gegner der Demokratie. Und der nach wie vor von den USA dominierte IWF zeigt mal wieder den richtigen Umgang mit unbotmäßigen Demokraten in dem er seine Hilfszahlungen an Griechenland bis zur Bildung einer neuen Regierung aussetzte. Die nächste Kredittranche könne erst ausgezahlt werden, wenn nach den für Januar geplanten Neuwahl eine neue Regierung gebildet worden sei, teilte der IWF mit. Die Botschaft zwischen den Zeilen lautet natürlich wenn die Regierung mit der richtigen politischen Ausrichtung gebildet wurde.

Nun zu den völlig identischen Verlautbarungen aus den deutschen "Qualitätsmedien":

Geht das schon wieder los?

Griechenland, das vor ein paar Jahren am Abgrund stand und Europa in die Krise stürzte, war bis jetzt auf einem guten Weg: Die Wirtschaftsdaten zeigen nach oben. Nun scheint alles wieder auf der Kippe zu stehen.

Quelle: FAZ

• Die Krise kehrt noch schlimmer zurück

Griechenland schien aus dem Gröbsten heraus zu sein. Die Haushaltskonsolidierung und die dem Land nach dem Ausbruch der Eurokrise verordneten scharfen Sparmaßnahmen tragen Früchte. Die Reformen, die der Bevölkerung so harte Einschnitte abverlangten, haben das Land wettbewerbsfähiger gemacht. Nach sechs Jahren Rezession wächst die Wirtschaft wieder.

Doch nun steht alles auf dem Spiel: Dem Land droht ein Rückfall in die tiefe Krise, mit möglicherweise schlimmeren Folgen als beim ersten Mal – keine Krise 2.0 sondern eine Krise.

Quelle: Zeit

• Kein frisches Geld für Griechenlands Linkspopulisten

Hellas steht vor einer Neuwahl. Gewinnt sie der Heilsbringer Alexis Tsipras, ist Griechenland pleite. Dessen illusorische Ausgabenprogramme werden die Euroretter kaum finanzieren wollen – und das ist gut so.

Quelle: Manager Magazin



• Die Opfer dürfen nicht vergeblich gewesen sein

Ein Sieg des linken Syriza-Bündnisses bei den anstehenden Neuwahlen in Griechenland könnte die mühsam erreichten wirtschaftlichen Erfolge gefährden, meint Christoph Hasselbach.

Quelle: <u>Deutsche Welle</u>

CDU-Politiker nennt Athen-Wahl "unglaublich ärgerlich"

Griechenland steht vor Neuwahlen – und Union und SPD warnen die künftige Regierung bereits vor einem Bruch mit der Troika . Linke und AfD freuen sich dagegen über die Ereignisse in Athen – aus unterschiedlichen Gründen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Ralph Brinkhaus (CDU), zeigte sich über die Entscheidung in Athen verärgert. "Das ist unglaublich ärgerlich", sagte er dem Handelsblatt.

Quelle: Handelsblatt

• Polit-Aufsteiger Tsipras: Griechenlands charmanter Brandstifter

Schluss mit dem Sparen, Milliarden für die Armen: Mit solchen Botschaften kommt Alexis Tsipras bei den Wählern in Griechenland an. Schon Ende Januar könnte der Linke regieren. Sein Aufstieg wird Folgen haben – für ganz Europa.

Quelle: **SPON**

Schicksalsfrage in Athen vom 29.12.2014

In Athen entscheidet heute das griechische Parlament über einen neuen Präsidenten. Wenn das scheitert, hätte Alexis Tsipras sein Ziel wohl erreicht. Der Chef des Linksbündnisses Syriza hofft auf Neuwahlen, denn er würde vermutlich als Sieger hervorgehen. Ein Szenario, das sich die internationalen Geldgeber nur ungern vorstellen möchten.

Quelle: Deutschlandfunk

Athen vor Neuwahl und ohne Notkredit vom 29.12.2014

Die Griechen müssen nach einer gescheiterten Präsidentenwahl entscheiden, wie es in ihrem Land weitergehen soll. Viel Zeit hat das klamme Euroland aber nicht. Die Kassen werden Anfang März leer sein. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warnt Griechenland vor einer Abkehr vom Sparkurs.

Video: Athen vor Neuwahl und ohne Notkredit

Das griechische Parlament hat es auch im dritten Wahlgang nicht geschafft, einen neuen Präsidenten zu wählen. Am 25. Januar entscheidet nun das Volk, wer das von der Pleite bedrohte Land führen soll. (29.12.2014)



Quelle: heute.de

Passend dazu: Ökonom: Euro-Austritt wäre verkraftbar vom 30.12.2014

Die Sorge steigt, dass bei den Neuwahlen in Griechenland die Linkspopulisten siegen – und damit die Pleite und ein Euro-Ausstieg wieder näher rücken. Doch ein Austritt sei ungefährlich, findet der Direktor des IW Köln, Michael Hüther. "Die Ansteckungseffekte auf andere Länder wären gering."

Quelle: heute.de

• Warnungen vor Ende der Sparpolitik vom 29.12.2014

Wegen der Neuwahl in Griechenland wächst international die Sorge, dass das Land im neuen Jahr vom eingeschlagenen Reformkurs abweicht. EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici erklärte, ein klares Bekenntnis zu Europa und eine breite Unterstützung für den Reformprozess seien entscheidend, damit Griechenland innerhalb der Eurozone wieder aufblühen könne. (...)

"Wenn Griechenland einen anderen Weg einschlägt, wird es schwierig", warnte Schäuble. Neuwahlen änderten nichts daran, dass man sich in dem Land an getroffene Vereinbarungen halten müsse.

Quelle: tagesschau.de

Passend dazu: Video: Präsidentenwahl endgültig gescheitert: Neuwahlen in Griechenland vom 29.12.2014

Ouelle: tagesschau.de

Passend dazu: Krisenszenario ohne Schrecken vom 30.12.2014

Was passiert, wenn in Griechenland das Linksbündnis die Neuwahl gewinnt? Kommt es zu einem radikalen Bruch mit der Sparpolitik, dürften die internationalen Geldgeber die Zahlungen stoppen. Wahrscheinlicher ist aber ein anderes Szenario.

Quelle: tagesschau.de

Passend dazu: So viel Geld floss nach Griechenland vom 30.12.2014

Auf mehr als 217 Milliarden Euro summieren sich die Rettungspakete für Griechenland. Das Geld floss teils in Form direkter Kredite der Euro-Staaten, teils über den Rettungsschirm EFSF und teils über den Internationalen Währungsfonds. Die Rettungspakete im Überblick.

Quelle: tagesschau.de



• Präsidentenwahl erneut gescheitert vom 29.12.2014

Die Wahl eines Präsidenten in Griechenland ist auch im dritten Anlauf gescheitert. Nun stehen Neuwahlen an. Die Euro-Gegner liegen vorn – sie fordern Neuverhandlungen des Sparprogramms.

Quelle: manager magazin online

Die Krise kehrt noch schlimmer zurück vom 29.12.2014

Angst vor dem "GRexit": Nach der Neuwahl könnte die extreme Linke in Athen die Macht übernehmen. Die Zahlungsfähigkeit des Landes steht auf dem Spiel.

Quelle: Zeit Online

Scheitern mit Ansage vom 29.12.2014

Die Neuwahl stürzt Griechenland in eine Phase der politischen und wirtschaftlichen Instabilität. Dafür ist die Regierung verantwortlich – aber auch die internationale Troika.

Quelle: <u>Frankfurter Allgemeine</u>

Passend dazu: "Euro-Austritt Griechenlands wäre verkraftbar" vom 29.12.2014

Griechenland ohne den Euro – dieses Szenario hat laut dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft seinen Schrecken verloren. Der IWF setzt derweil seine Hilfszahlungen an das Land zunächst aus.

Quelle: Frankfurter Allgemeine

Passend dazu: Griechenland bringt der EZB neue Diskussionen vom 30.12.2014

Griechenlands Neuwahlen beeinflusst auch die Entscheidung der Europäischen Zentralbank über Anleihenkäufe. Noch allerdings hat das Land Geld. (...) Bereits im zweiten Quartal könnte Griechenland in Zahlungsschwierigkeiten kommen, und es gebe einen enormen Handlungsdruck, sagt der in Athen lebende deutsche Finanzfachmann Jens Bastian. Denn Athen sei der Zugang zu den Kapitalmärkten derzeit verwehrt, und die Troika gibt die letzte Tranche von 7,5 Milliarden Euro erst nach Abschluss der laufenden Prüfung frei. Sollte Syriza die Regierung stellen, müssten die Verhandlungen mit der Troika zu Ende geführt werden, bevor die Forderung nach einem Schuldenschnitt auf die Tagesordnung käme.

Quelle: Frankfurter Allgemeine

• Neuwahlen in Griechenland: Jetzt fängt die Eurokrise erst richtig an vom



29.12.2014

Quelle: Spiegel Online

Passend dazu: Athen vor Neuwahlen: EU-Politiker warnen Griechen vor Linksruck vom 29.12.2014

Liebe Griechen, passt bloß auf, wen ihr wählt: EU-Politiker fürchten einen Sieg der Linken. Schon bisher war der Veränderungswille in Athen nicht sonderlich groß, nun droht die Abkehr vom Reformkurs.

Quelle: Spiegel Online

Passend dazu: Angst vor Regierungswechsel: Griechenlands Sparer heben Milliarden ab vom 31.12.2014

Vor den Neuwahlen wächst in Griechenland die Unsicherheit: Binnen wenigen Wochen haben Sparer und Unternehmen 2,5 Milliarden Euro von ihren Konten geholt. Die Banken fürchten einen Ansturm auf die Geldautomaten – und sorgen vor.

Quelle: Spiegel Online

• IWF stoppt Hilfszahlungen an Athen vom 29.12.2014

Der IWF setzt seine Hilfszahlungen an Griechenland aus, bis eine neue Regierung gebildet wurde.

EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici fordert die Griechen auf, sich bei Neuwahlen zu Europa und Reformprozessen zu bekennen.

Das griechische Parlament konnte sich auch im dritten Wahlgang nicht auf einen Präsidenten einigen.

Ende Januar 2015 sind Neuwahlen geplant.

In Umfragen liegt das Linksbündnis von Alexis Tsipras vorn.

Quelle: <u>Süddeutsche.de</u>

Passend dazu: Die Krise ist notwendig vom 30.12.2014

Was können Europa und Deutschland tun? Zum einen sollten sie den Druck auf die nächste griechische Regierung aufrechterhalten, damit diese sich an bestehende Absprachen hält. Vor allem aber sollte man Griechenland helfen endlich, Eigenverantwortung für ihre Reformen zu übernehmen. Das Land hat nur dann eine Zukunftschance, wenn die Politik und die Menschen verstehen, dass grundlegende institutionelle, politische und wirtschaftliche Reformen in ihrem ureigensten Interesse sind.



Quelle: Süddeutsche.de

Passend dazu: Besorgte Griechen holen 2,5 Milliarden Euro vom Konto vom 31.12.2014

Im Dezember haben Griechen 2,5 Milliarden Euro von Konten abgehoben. Sie sind wegen der wirtschaftlichen und politischen Lage ihres Landes besorgt. Am 25. Januar wird in Griechenland neu gewählt. Das Bündnis der Linkparteien liegt

Umfragen zufolge in Führung. Quelle: Süddeutsche.de

• Griechisches Fieber, europäische Krankheit vom 29.12.2014

Die Neuwahlen in Griechenland bedeuten ein großes Risiko für die EU: Italien und Frankreich könnten sich ökonomisch anstecken, die Union politisch in schwere See geraten. Die Profiteure mangelnden Wachstums sind die Nationalisten in allen Ländern

Quelle: derstandard.at

• Euro-Krise, nächster Akt vom 29.12.2014

Die Europäer werden womöglich bald wieder in den Krisenmodus schalten müssen: Nach dem Scheitern der Präsidentenwahl in Griechenland droht die Eurokrise mit voller Wucht zurückzukehren.

Quelle: Frankfurter Rundschau

Es droht ein Rückfall in die Eurokrise vom 29.12.2014

Griechenland schien aus dem Gröbsten heraus zu sein. Die Haushaltskonsolidierung trägt Früchte. Die Reformen haben das Land wettbewerbsfähiger gemacht. Nach sechs Jahren Rezession wächst die Wirtschaft wieder. Aber nun steht alles auf dem Spiel. Dem Land droht ein Rückfall in die Krise, mit möglicherweise schlimmeren Folgen als beim ersten Mal – keine Krise 2.0 sondern eine Krise². Nach der gescheiterten Präsidentenkür steht Griechenland vor Neuwahlen. Der Urnengang in vier Wochen könnte zu einer folgenschweren Weichenstellung werden – wenn in Athen das Bündnis der radikalen Linken (Syriza) die Macht übernimmt.

Quelle: WAZ

• Plädoyer für ein "politisches Erdbeben" vom 29.12.2014

Griechenland droht ein Rückfall in den Krisenmodus, sollte die Präsidentschaftswahl heute endgültig scheitern. Experten sind besorgt. Ein Top-Ökonom kann den politischen Turbulenzen aber auch etwas Positives abgewinnen.



Quelle: Handelsblatt

Passend dazu: Die schrägsten Forderungen der griechischen Linken vom 30.12.2014

Das linksradikale Syriza-Bündnis könnte unter ihrem Chef Alexis Tsipras bei den Neuwahlen stärkste Kraft werden. Ihre Funktionäre haben eine lange Liste von kruden Wünschen. Ein Überblick – und Realitäts-Check.

Quelle: Handelsblatt

Passend dazu: Stimmen für Euro-Austritt Griechenlands mehren sich vom 31.12.2014

In Griechenland stehen Neuwahlen an. Dabei könnte das Linksbündnis Syriza gewinnen und Sparmaßnahmen herunterschrauben. Und dann? Deutsche Politiker und Wirtschaftsexperten halten einen Euro-Austritt für denkbar.

Quelle: Handelsblatt

• Der Höhepunkt der Eurokrise kommt erst noch vom 29.12.2014

Als wäre das Scheitern der griechischen Reformpolitik nicht schlimm genug – es offenbart auch einen der entscheidenden Konstruktionsfehler des Euro. Der Währungsunion steht ein dickes Ende bevor.

Quelle: Wirtschaftswoche

Neuwahlen in Griechenland - die n\u00e4chste Krise? vom 29.12.2014

Die Griechen müssen neu wählen. Wie soll es mit ihrem Land weitergehen? Für Deutschland und seine europäischen Partner könnten die Neuwahlen zum Albtraum werden. Droht die nächste Krise? Ein Kommentar.

Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung

• IWF dreht Griechenland den Geldhahn zu vom 29.12.2014

Jetzt geht das große Zittern wieder los!

Der Internationale Währungsfonds (IWF) setzt seine Hilfszahlungen an Griechenland aus, reagiert damit auf die Regierungskrise.

Die nächste Kredittranche könne erst ausgezahlt wenn, wenn nach den für Januar geplanten Neuwahl eine neue Regierung gebildet worden sei, teilte der IWF am Montag in Washington mit.

Quelle: Bild



Passend dazu: Die Hetz-Protokolle des linken Griechen vom 31.12.2014

In Europa geht wieder die Furcht um. Wird das radikale Links-Bündnis Syriza bei den vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland am 25. Januar gewinnen? Syriza-Führer Alexis Tsipras will den Spar- und Reformkurs stoppen und nicht mehr alle Schulden zurückzahlen.

Quelle: Bild

Griechen-Chaos könnte Deutschland 80 Milliarden Euro kosten vom 30.12.2014

Nachdem die Wahl eines neuen Staatsoberhaupts gescheitert ist, steckt Griechenland in einer tiefen Krise. Bei der Parlamentswahl Ende Januar könnte die reformkritische Syriza-Partei gewinnen und den Sparkurs aufgeben. Wird Deutschland dann seine 80 Milliarden Euro Hilfsgelder je zurückerhalten?

Quelle: Focus Online

• IWF dreht Griechen den Geldhahn zu vom 29.12.2014

Mit der gescheiterten Präsidentenwahl in Athen stehen auch die ausländischen Hilfen für das Land auf der Kippe. Griechenland droht eine lange politische Instabilität – und wirtschaftlich die Pleite.

Ouelle: DW

Passend dazu: Internationale Warnungen vor Abkehr vom Sparkurs vom 30.12.2014

Im Januar müssen die Griechen das Parlament neu wählen. International wächst der Druck auf Athen, am Sparkurs festzuhalten. Ein Wirtschaftsexperte sagt dagegen, ein Euro-Austritt Griechenlands wäre verkraftbar.

Quelle: <u>DW</u>

Und hier einige wenige Gegenbeispiele:

"Neuwahlen sind eine Chance" vom 29.12.2014

Der frühere griechische Außenminister Dimitrios Droutsas sieht in den vorgezogenen Parlamentswahlen eine Chance für sein Land. Der Sozialist warnte im DLF davor, das Linksbündnis Syriza zu stigmatisieren. Eine Zusammenarbeit mit den Linkspopulisten schloss er nicht aus.

Quelle: Deutschlandfunk



Kommunismus fällt aus vom 29.12.2014

Den Euro will Syriza behalten, besteht aber auf einem Schuldenschnitt für sein Land. Es ist diese letzte Forderung, die, so vernünftig sie finanzpolitisch für Griechenland auch sein mag, für Ärger mit Europa sorgen wird. Denn ein solcher Schnitt würde die europäischen Partnerstaaten und damit deren Bevölkerung treffen, denen indirekt die Schulden Griechenlands aufgebürdet würden.

Deshalb droht in Griechenland zwar kein Kommunismus, aber Europa drohen unruhige Zeiten. Es wird spannend werden, zu sehen, inwieweit Regierungen und Parteien dort dazu bereit sind, ihren Bürgern eine Solidarität mit den Griechen abzuverlangen, die erstmals wirklich Geld kostet. Es ist absehbar, dass Deutschland dabei den Bremser spielen wird. Und es ist zu befürchten, dass das Bild der unfähigen "Pleite-Griechen" hervorgezaubert wird, die mit "unserem Geld" den Sozialismus einführen wollen auch wenn da gar nichts dran ist.

Ouelle: taz

• Wie die Griechen in die Zange genommen werden vom 30.12.2014

Panikpropaganda und finanzieller Druck sollen "Reformen" retten So viel internationale Beistandsbereitschaft für den richtigen Urnengang in einer Nation ist selten – mit großem Eifer und verteilten Rollen kümmern sich regierende Politiker (vorneweg deutsche), einflussreiche Medien und Institutionen des Finanzmarktes um eine parteipolitische Weichenstellung in Griechenland. (...) Zweifellos hat die schon lange herrschende wirtschaftliche Misere Griechenlands auch ihre innergesellschaftlichen Gründe. Aber war Syriza dabei beteiligt? So alt ist diese Partei nicht. Ein Hinweis noch auf einen Sachverhalt, der nicht fraglich ist: Die bisher regierende Politik in Griechenland ragt in bestimmter Hinsicht durch Sparsamkeit hervor - nämlich im Einsatz von legislativer sowie exekutiver Energie beim Eintreiben von Steuern bei Großvermögenden. Aber warum sollte dies die externen Sparkommissare stören.

Quelle: Telepolis

Spardiktat: Wofür müssen die Griechen leiden? vom 01.01.2015

Wenn ein Volk zur Wahl geht, ist das der Moment der Würde in der Demokratie. Es sei denn, das Volk könnte links wählen - wie in Griechenland. Dann protestiert das Kapital, und die Würde der Wahl ist keinen Euro mehr wert.

Quelle: Spiegel Online

• "Er will uns ans Geld" - Bild Stimmungsmache gegen SYRIZA vom 01.01.2015

Quelle: <u>Die Freiheitsliebe</u>



"Der Hunger ist zurückgekehrt" vom 02.01.2015

Dass der griechische Linkspopulist Alexis Tsipras gewählt werde, ist keine Gefahr für die Union, sondern eine Chance, nicht nur für Griechenland selbst. Eine vehemente Widerrede zu Joschka Fischers Kommentar im Standard vom 30. 12. des vergangenen Jahres

Quelle: derstandard.at

• Deutsche Medien erfinden Bank-Run in Griechenland vom 02.01.2015

Im Rahmen der Panikmache vor einer SYRIZA-Regierung in Griechenland erfand die Propaganda-Maschinerie der deutschen Medien kurzerhand einen Bankensturm. Mit reißerischen Schlagzeilen wie "Griechenlands Sparer heben Milliarden ab" (Spiegel), "Griechen versorgen sich mit Bargeld" (Handelsblatt), "Griechen heben Milliardensumme ab" (Focus), "Besorgte Griechen heben Milliarden von Konten ab" (Welt), die auf breiter Basis unbesehen aufgegriffen, nachgeplappert und reproduziert werden, versucht die deutsche Propagandamaschine angesichts eines sich als wahrscheinlich abzeichnenden Wahlsiegs der SYRIZA in Griechenland Angst und Panik vor den "Linken" zu schüren.

Quelle: Griechenland-Blog

Die Dokumentation leistete Christian Reimann